ÜBERFORDERTE KOMMUNEN – ABGEHÄNGTE BÜRGER

Ohne Fahrzeug abgeschnitten

Der Bus- und Bahnverkehr wird immer weiter ausgedünnt, die Möglichkeit zur individuellen Mobilität somit immer weiter eingeschränkt. In vielen ländlichen Räumen Brandenburgs ist man ohne eigenes Fahrzeug mittlerweile regelrecht abgeschnitten. Aber nicht jeder Brandenburger verfügt über ein eigenes Fahrzeug. Das gibt Anlass zur Sorge.

Die Kommunen sind finanziell komplett überfordert, weil sie extrem teure Elektro- und Wasserstoffbusse anschaffen müssen, statt weiter auf zuverlässige Dieselbusse setzen zu können. Das »Deutschlandticket« führte dazu, dass die Verkehrsunternehmen zu wenig Fahrgeld einnehmen. Dadurch wiederum verringert sich das Angebot.

Diejenigen, die ein eigenes Fahrzeug nutzen, müssen mit stark gestiegenen Treibstoffpreisen, immer mehr Lkw-Aufkommen auf den Landesstraßen und obendrein mit immer schlechteren Straßen klarkommen. Brandenburg lebt von der Substanz.

So! geht Verkehrspolitik.

MOBILITÄT IST SOZIALE TEILHABE

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis weite Teile Brandenburgs völlig vom öffentlichen Verkehr abgeschnitten sind. Abseits der Eisenbahnkorridore, die sternförmig von Berlin durch Brandenburg verlaufen, ist der Bus das einzige Verkehrsmittel, das Menschen ohne eigenes Fahrzeug zur Verfügung steht. Dies sind Menschen ohne Führerschein und jene, die aufgrund ihres Alters oder wegen körperlicher Einschränkungen nicht (mehr) in der Lage sind, ein eigenes Fahrzeug zu führen.

Auch die familiäre Situation, gerade bei jungen Familien mit Kindern, ist oft so, dass sich die Eltern ein Auto teilen, aber oft genug gleichzeitig eines benötigen. Das Fahrzeug ist dann doch nicht immer verfügbar, wenn Menschen zur Arbeit, zum Einkaufen, zu Ärzten oder Behörden oder zum Sport in andere Orte fahren müssen.

Immer größere Finanzlöcher der Kommunen führen dazu, dass der Busbetrieb auf dem Land weiter ausgedünnt wird. Alternative Mobilitätssysteme sind vom Land nicht vorgesehen, Eigeninitiativen, wie z. B. der Bürgerbus oder der Rufbus, werden vom Land kaum unterstützt. Mobilität ist soziale Teilhabe. Derzeit sieht es jedoch so aus, dass den Menschen mittel- bis langfristig die Möglichkeit genommen wird, aktiv am sozialen Miteinander teilzuhaben.

Alle Informationen finden Sie auch im Internet unter **www.afd-fraktion-brandenburg.de**

AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg (V.i.S.d.P.)

Alter Markt 1 · 14467 Potsdam
0331 966 1806
info@afd-fraktion.brandenburg.de

AfD-Fraktion Brandenburg
t.me/afdfraktionBB
afdfraktionbb
AfD-Fraktion Brandenburg
AfD_FraktionBB
www.afd-fraktion-brandenburg.de

So! geht Verkehrspolitik.

© Immobiliengefluster, stock.adobe.com

MOBIL IN BRANDENBURG – JEDERZEIT UND UNGEHINDERT.

MOBILITÄT IST EIN GRUNDRECHT

Die AfD-Fraktion setzt auf ein funktionierendes, sicheres und zuverlässiges Verkehrssystem, das allen Verkehrsteilnehmern gleichberechtigt offensteht – unabhängig davon, welches Verkehrsmittel sie nutzen. Die Landesregierung hat den Bürgern nicht vorzuschreiben, welches Verkehrsmittel sie zu nutzen haben.

© Maurice Ingabelle, stockadobe.com

Das setzt voraus, dass die öffentlichen Verkehrsmittel, sowohl in den Städten als auch auf dem Land, ausreichend oft verkehren und das bedarfsgerechte Angebot attraktiv genug ist, damit es als echte Alternative zum eigenen Auto wahrgenommen wird. Wer hingegen auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen ist, egal ob Auto, Moped oder Fahrrad, oder es einfach lieber nutzt, muss zudem intakte Straßen und an den Bahnhöfen der Regionalbahnstrecken Parkplätze in ausreichender Anzahl vorfinden und bei Bedarf nutzen können. Das ist die Landesregierung den Brandenburgern schuldig!

Für Sie im Arbeitskreis Infrastruktur, Landesplanung, Bauen/Wohnen und Verkehr

Daniel Münschke, Landtagsvizepräsident, Verkehrspolitischer Sprecher
Norbert Rescher, Vorsitzender Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung
Heiko Gehring, Sprecher für Raumplanung
Daniel Freiherr von Lützow, Sprecher für Flughafen und die Region BER

Unsere Initiativen zur Mobilität:

- Einsetzung der Enquete-Kommission zur Finanzierung und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Brandenburg (Drucksache 8/642).
- Auskömmliche Finanzierung des kommunalen ÖPNV sicherstellen (Drucksache 8/1956).
- Kommunale Aufgabenträger vor dem Kollaps retten – angehäufte Ausgabenreste aus den Regionalisierungsmitteln freigeben! (Drucksache 8/1753)
- Mit Vollgas in die 8. Legislatur – Landesstraßensanierungsprogramm jetzt! (Drucksache 8/402)
- Clever fahren, wenig zahlen – Azubi-Ticket wieder einführen und fortentwickeln (Drucksache 8/2446).

DIE AfD-FRAKTION IM LANDTAG BRANDENBURG INFORMIERT:

Wir wollen Sonderprogramme für Sanierung, Instandsetzung und Neubau von Ortsdurchfahrten, Ortsumgehungen, Brücken und Straßen.

Wir wollen die Erarbeitung eines Landesstraßenbedarfsplans und eines Instandsetzungsbedarfsplans auf Grundlage des derzeitigen, katastrophalen Ist-Zustandes unserer Landesstraßen.

Wir wollen, dass ein landesweit flächendeckender öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und die damit einhergehende Daseinsvorsorge als Staatsziel in der Verfassung festgeschrieben werden.

Wir wollen das Radwegenetz entlang von Landesstraßen in Brandenburg bedarfsgerecht weiter ausbauen und die schon bestehenden Strecken, wo nötig, wieder ertüchtigen.

AfD FRAKTION BRANDENBURG

WAS MUSS PASSIEREN?

- Das gesamte System des öffentlichen Verkehrs muss grundsätzlich überdacht und die Pflichten müssen neu verteilt werden. Der ÖPNV muss in der Verfassung zur Pflichtaufgabe des Landes erklärt werden.
- Brandenburg muss im Bund auf eine höhere Finanzierung des ÖPNV durch Bundesmittel drängen. Die Verteilung der Gelder aus dem sogenannten Deutschlandticket muss so gestaltet werden, dass die Brandenburger Verkehrsbetriebe nicht schlechter gestellt sind als vor der Einführung dieses Tickets.
- Die Bundesmittel gemäß Regionalisierungsgesetz müssen gerecht auf Zug- und Busverkehr verteilt werden (Drucksache 8/1956).
- Örtliche Vereine, die Bürgerbusse und Rufbusse betreiben möchten, müssen auskömmlich finanziert werden.
- Die Gelder zur Finanzierung des ÖPNV müssen unverzüglich erhöht werden.
- Das Land muss die Erprobung und den Einsatz von innovativen, neuen Verkehrslösungen auf dem Land wesentlich besser finanzieren.